

Teil III

Positive Analyse im laufenden politischen Prozess

Einleitung zu Teil III

Der laufende politische Prozess einer Organisation unterscheidet sich von den Entscheidungen auf der Ebene des Grundkonsens dadurch, dass die Regeln für die Interaktion der Vertragsparteien gegeben sind.¹ Bei den meisten IGO sind im Vergleich zu privaten Organisationen oder zu staatlichen Strukturen wenig Regeln vorgegeben, was den laufenden politischen Prozess schwieriger prognostizierbar macht. Die Schwierigkeiten beginnen schon bei der Einigung auf einen allgemein akzeptierten Output der Organisation: eine IGO, welche aus mehreren Mitgliedern besteht und mehrere Ziele gleichzeitig verfolgt, kann gemäss den Ausführungen in Kapitel 5 mittels demokratischer Methoden grundsätzlich nicht auf ein aggregiertes Outputbündel festgelegt werden, so dass für die Beurteilung der Aktivitäten der IGO kein normatives Referenzmass vorliegt. Dies hat Folgen für den laufenden politischen Prozess einer IGO, indem sich die Mitglieder bei Uneinigheiten nicht auf einen klar vorgegebenen Output berufen können. Eine Effizienzmessung, die von einem von allen Mitgliedern der IGO anerkannten Normoutput ausgehen kann, ist nicht möglich. Entweder muss für die Beurteilung einer IGO ein anderes, beobachtbares, Referenzmass herangezogen werden, oder es muss von der ergebnisorientierten Beurteilung abgegangen werden. Beide Möglichkeiten werden in Teil III geprüft.

In Kapitel 7 wird untersucht, wieweit eine ergebnisorientierte Beurteilung dennoch zur Senkung der Transaktionskosten innerhalb der IGO beitragen kann. Es wird dabei weiterhin am Grundsatz festgehalten, dass die Präferenzen der Individuen die einzigen Wertmassstäbe sind und dass sich eine Gewichtung und Aggregation derselben verbietet. Anschliessend wird in Kapitel 8 die Optik gewechselt, indem von der Ergebnisbeurteilung abgegangen wird und die **Regeln** analysiert werden, unter welchen die Organisationen funktionieren. In Kapitel 9 wird als Anwendung des in Kapitel 8 vorgestellten Ansatzes das Verhalten des **FAO Generaldirektors** modelliert, der als oberster Bürokrat der IGO vor dem Problem steht, wieweit er den diskretionären Spielraum ausdehnen darf, ohne dass die USA als Hauptbeitragszahler aus der Organisation austreten.

¹ Siehe dazu Buchanan und Tullock (1962), Frey (1981).